

Niederschrift
über die Sitzung des Beirates für Behindertenfragen
am 27.05.2026

Tagungsort: Rochdale-Raum, 2. OG, Altes Rathaus

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 18:20 Uhr

Anwesend:

Mitglieder

Gabriele Beckmann

(Vertretung für
Christine Schönfeld)

Dr. Andreas Bruder Vorsitzender

Anja Dörrie-Sell

Friederike Reck

Sonja Reher-Kuttke

(Vertretung für
Kai Wittler,
bis 17:00 Uhr)

Hendrika Rodehuts Kors

Kerstin Schick

Fachkonferenz
Behindertenhilfe

(Vertretung für
Ulrike Föhst)

Astrid Schnelle

Miriam Stock

AG Wohlfahrtsverbände

Beratende Mitglieder

Arne Gieselmann

Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen

Heiko Hagemann

SPD-Fraktion

Erwin Jung

CDU-Fraktion

Fabian Möller

Behindertenhilfekordinator,
Büro für Sozialplanung

Dr. Florian Sander

AfD-Fraktion

(ab 16:13 Uhr)

Philipp Sondermann

FDP-Fraktion

Matthias Benni Stiesch

Die Linke-Fraktion

Stellvertretende Mitglieder

Jutta Ehlers

Hans-Jürgen Fieberg

Stellvertretende beratende Mitglieder

Moritz Reinold

Die Linke-Fraktion

Gäste

Dr. phil. Dirk Bruland

Hochschule Bielefeld (HSBI)

Hannah Schult

Gemeinsam Wohnen in
Bielefeld e.V.

Verwaltung

Sigrid Bonhaus
Jens Hagedorn
Volker Haubrock

Büro für Sozialplanung
Bauamt
Amt für Personal

Schriftführung

Sven Schloemann

Amt für soziale Leistungen -
Sozialamt -

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Herr Dr. Bruder begrüßt die Anwesenden zur 3. Sitzung des Beirates für Behindertenfragen und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Änderungen zur Tagesordnung gibt es nicht.

-.-.-

Zu Punkt 1 Einwohnerfragestunde

Es sind keine Einwohner*innen anwesend.

-.-.-

Zu Punkt 2 Einführung und Verpflichtung der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Beirates für Behindertenfragen

Vorsitzender Herr Dr. Bruder verpflichtet Frau Reher-Kuttke und Herrn Reinold durch das Verlesen folgender Formel:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt erfüllen werde.“

Diese bestätigen ihre Verpflichtung durch Aussprache des Wortes „Ja“ und Unterzeichnung der Verpflichtungserklärung.

-.-.-

Zu Punkt 3 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 2. Sitzung des Beirates für Behindertenfragen am 25.03.2026

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 2. Sitzung des Beirates für Behindertenfragen am 25.03.2026 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 4 Mitteilungen

Zu Punkt 4.1 Suchtprävention für Menschen mit kognitiver Beeinträchtigung

Vorsitzender Herr Dr. Bruder verweist auf die Mitteilung der Verwaltung.

- Der Beirat für Behindertenfragen nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 4.2 Kongress Inklusive Areale für Spiel und Bewegung am 29. und 30. September in Köln

Vorsitzender Herr Dr. Bruder verweist auf die Einladung. Wer sich tiefer mit Thematik beschäftigen möchte könne dort hinfahren.

-.-.-

Zu Punkt 4.3 Save the Date: Abschlussveranstaltung "Quartier inklusiv!" am 10. November 17 - 20 Uhr Wissenswerkstadt Bielefeld

Herr Schloemann teilt mit, dass er die Einladung mit dem Anmeldelink per E-Mail an die Mitglieder des Beirates für Behindertenfragen versandt habe. Falls jemand für den Besuch der Veranstaltung Gebärdensprachdolmetscher*innen benötige, solle sich diese Person bei Frau Rocker vom Büro für Sozialplanung melden.

-.-.-

Zu Punkt 5 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

-.-.-

Zu Punkt 6 Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

-.-.-

Zu Punkt 7 Vorstellung Inklusionsdinner Gesundheit und Wohlbefinden

Mit einer Präsentation (**Anlage 1**) informieren Frau Schult und Herr Dr. Bruland die Anwesenden über das anstehende Inklusionsdinner am 17.06.2026 um 17:00 Uhr in der Hochschule Bielefeld.

Auf Nachfrage von Herrn Sondermann erklärt Frau Schult, dass es sich bei dem Inklusionsdinner um ein eigenständiges Projekt handele, welches zu 100% durch die Aktion Mensch e.V. gefördert werde. Für die Stadt Bielefeld würden keine Kosten entstehen. Alle Menschen, ob mit oder ohne Behinderung, seien eingeladen an dem Inklusionsdinner teilzunehmen. Auch Menschen, welche nicht in Bielefeld wohnen, können die Veranstaltung besuchen.

Abschließend lädt Frau Schult die Anwesenden herzlich zur Teilnahme an dem Inklusionsdinner ein. Die niederschwellige Veranstaltung biete interessante Mitmach- und Selbsterfahrungsaktionen.

Vorsitzender Herr Dr. Bruder bestätigt aus eigener Erfahrung, dass sich der Besuch des Inklusionsdinners lohne. Er hoffe, dass die Mitglieder des Beirates für Behindertenfragen zahlreich an der Veranstaltung teilnehmen.

-.-.-

Zu Punkt 8

Beschäftigung von Menschen mit Behinderung bei der Stadtverwaltung Bielefeld

Herr Haubrock informiert die Anwesenden mit einer Präsentation (**Anlage 2**) über den aktuellen Stand zur Beschäftigung von Menschen mit Behinderung bei der Stadt Bielefeld.

Vorsitzender Herr Dr. Bruder dankt Herrn Haubrock für seine Ausführung. Es sei erfreulich, dass die Stadt Bielefeld die gesetzliche Quote zur Beschäftigung von Menschen mit Behinderung i. H. v. 5% um 1,65% überschreite. Im Anschluss eröffnet Vorsitzender Herr Bruder die Diskussion, in welcher Herr Haubrock auf Fragen von Herrn Jung, Herrn Dr. Sander und Herrn Sondermann eingeht.

Eingegangene Bewerbungen zu Ausbildungsplätzen und offenen Stellen bei der Stadt Bielefeld werte das Amt für Personal aus und lade die qualifiziertesten Bewerber*innen zu einem Vorstellungsgespräch ein. Letzteres diene dazu, den Eindruck abzurunden. Hauptkriterium sei jedoch die Qualifikation der sich bewerbenden Person.

Insgesamt seien bei der Stadt Bielefeld ca. 420 Menschen mit Behinderung beschäftigt, wovon in den nächsten 10 Jahren 50 % in Ruhestand gehen würden. Sofern es keine Neueinstellungen von Menschen mit Behinderung gebe, könne sich die aktuelle Quote von 6,65% dann auf etwa 3% reduzieren. Er weist darauf hin, dass die Entwicklung der Quote erhöhen könne, wenn bei beschäftigten Menschen im Laufe des Berufslebens ein Grad der Behinderung festgestellt werde. Ebenso gebe es eine Dunkelziffer an

beschäftigten Personen, welche das Amt für Personal aus unterschiedlichen Gründen nicht über ihren Grad der Behinderung informiert haben.

Auf Basis des Beschlusses des Beirates für Behindertenfragen vom 12.03.2025 und der dazugehörigen Stellungnahme des Amtes für Personal haben sich verschiedene Maßnahmen zur Stabilisierung der Schwerbehindertenquote ergeben. Zwischen dem Amt für Personal, der Schwerbehindertenvertretung und dem Personalrat erfolge z. B. ein Austausch darüber, wie beschäftigte Personen besser über das Thema Schwerbehinderung informiert werden können. Hierbei gelte es auch, Ängste der Mitarbeiter*innen bezüglich der Information des Arbeitgebers über einen bestehenden Grad der Behinderung abzubauen. Um Vorurteile und Skepsis zur Beschäftigung von schwerbehinderten Menschen abzubauen sollen Führungskräfte besser geschult werden.

Die Stadt Bielefeld lasse sich bezüglich der Veröffentlichung von Stellenausschreibungen in Jobportalen für Menschen mit Behinderung durch die „Einheitliche Ansprechstelle für Arbeitgeber (EAA)“ beraten. Durch den Kontakt mit den EAA habe die Stadt Bielefeld auch an einer Job-Messe teilgenommen, welche sich gezielt an arbeitslose Menschen mit Behinderung gerichtet habe. Dieses Messeformat sei der Verwaltung bislang nicht bekannt gewesen. Um die Bedingungen zur Beschäftigung von Menschen mit Behinderung bei der Stadt Bielefeld weiter zu verbessern, tausche sich die Verwaltung mit proWerk Bethel als örtlichem Kooperationspartner des Modellprojektes „Inklupreneur“ aus.

Abschließend verweist Herr Möller auf die Aktion „Schichtwechsel“ von proWerk Bethel, welche am 24.09.2026 stattfinde. Im Rahmen dieser Aktion würden Menschen, welche in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung arbeiten, ihren Arbeitsplatz für einen Tag mit einer auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt beschäftigten Person tauschen. Um Berührungsängste abzubauen könne er sich vorstellen, dass sich die Stadt Bielefeld hier stark einbringe. Er werde diesbezüglich auf das Amt für Personal zukommen.

Hinweis der Schriftführung:

Im Nachgang der Sitzung übermittelt die Verwaltung zur Nachfrage von Herrn Dr. Sander eine Aufschlüsselung der bei der Stadt Bielefeld beschäftigten Menschen mit Behinderung:

Behindertengruppe		(Mehrere Elemente)	
Zeilenbeschriftungen	Anzahl von PersNr		Gesamt
	weiblich	männlich	
einfache Tätigkeiten, An- und	25	32	57

Ungelernte			
gehobener Dienst	80	40	120
höherer Dienst	7	3	10
mittlerer Dienst	113	104	217
sonstige	6	1	7
Gesamtergebnis	231	180	411

Tätigkeiten/Laufbahnen	Entgelt- /Besoldungsgruppe
Sonstige	z.B. Chor, Notfallsanitäterinnen und -sanitäter, Besoldungsgruppe B
höhere Tätigkeiten	A13 LG 2 EA 2 , A14-A16, E13-E15ü
gehobene Tätigkeiten	A9 LG 2 EA 1 , A 10-A13 EA 1 , E9b, E9c, E10-13, S11-S18
mittlere Tätigkeiten	A6, A7, A8, A9 LG 1 EA 2 , E5, E6, E7, E8, E9a, S3, S4, S5, S6, S7, S8-S10
einfache Tätigkeiten, An- und Ungelernte	E1, E2, E3, E4, S2

-.-.-

Zu Punkt 9

Interne Anlaufstelle Leichte Sprache

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1190/2025-2030

Mit einer Präsentation (**Anlage 3**) informieren Frau Bonhaus und Herr Möller die Anwesenden über das Tätigkeitsfeld der internen Anlaufstelle für Leichte Sprache.

Vorsitzender Herr Dr. Bruder dankt Frau Bonhaus und Herrn Möller für ihre Ausführungen. Er betont, dass der Beirat für Behindertenfragen im September 2023 dem **Sozial- und Gesundheitsausschuss** sowie dem **Finanz- und Personalausschuss** empfohlen habe, die Verwaltung zu beauftragen zu prüfen, ob eine interne Lösung gegenüber der externen Vergabe an Übersetzungsbüros für Leichte Sprache wirtschaftlicher sei. Das es die interne Anlaufstelle für leichte Sprache bei der Stadt Bielefeld gebe mache deutlich, dass der Antrag des Beirates für Behindertenfragen zum gewünschten Erfolg geführt habe.

Im Anschluss beantworten Frau Bonhaus und Herr Möller Fragen von Frau Stock, Herrn Sondermann und Herrn Stiesch.

Die interne Anlaufstelle könne die Fachämter dabei unterstützen, Schreiben der Verwaltung aus dem Behördendeutsch in verständliches Deutsch umzuwandeln. Das Problem mit dem Behördendeutsch sei auch zum wiederholten Mal Thema des europäischen Protesttages gewesen. Bürger*innen hätten einen Rechtsanspruch auf die Übersetzung von Schreiben der

Verwaltung in leichte Sprache. In einem ersten Schritt sollen nun in Zusammenarbeit mit den Fachämtern standardisierte Schreiben und Bescheide verständlich umformuliert werden. Sofern textliche Vorgaben übergeordneter Behörden dem Entgegensprechen, soll zukünftig zumindest eine Ausfüllhilfe in leichter oder einfacher Sprache dem Bescheid beigelegt werden.

Die Gendersprache stelle für Menschen mit kognitiven Einschränkungen ein Verständnisproblem dar. Daher werde bei der leichten und einfachen Sprache immer nur die weibliche oder männliche Form genutzt, evtl. ergänzt um den Hinweis, dass damit alle Menschen angesprochen seien. Eine Prüfler*in mit kognitiver Einschränkung habe bestätigt, dass die explizite Ansprache diverser Geschlechter, auch Piktogramme, die Zielgruppe verwirren würde.

Auf den Hinweis von Frau Schnelle zur Meldung von Barrieren im öffentlichen Raum teilt Herr Möller mit, dass es für die Anzeige den Bielefelder Barrieremelder gebe. Dieser könne über die Webseite www.bielefeld.de/barriere-melder aufgerufen werden. Er weist ausdrücklich darauf hin, dass es sich dabei nicht um den Mängel-Melder der Verwaltung handele.

- Der Beirat für Behindertenfragen nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 10

Wohnungsmarktbarometer

Herr Hagedorn informiert mit einer Präsentation (**Anlage 4**) über das aktuelle Wohnungsbarometer, basierend auf einer Umfrage bei den Wohnungsmarktakteuren. Befragt werden Wohnungsbauunternehmen, Architekturbüros, Banken, Verbände sowie Sozialplaner*innen.

Auf Nachfrage von Herrn Sondermann teilt Herr Hagedorn mit, dass die gutachterliche Auswertung von Angaben zur Miethöhe basierend auf Internetanzeigen Inhalt des Wohnungsmarktbarometers sei. Aus dieser Auswertung ergeben sich auch Unterschiede der einzelnen Stadtbezirke.

Mit der Baulandstrategie achte die Verwaltung darauf, dass bei unbebauten Grundstücken der Investor mit dem bestgeeigneten Konzept zum Zuge komme. Dies wirke sich positiv auf den Bielefelder Wohnungsmarkt aus.

Für das Leerstandskataster sei Herr Poggemöller im Bauamt zuständig. Dieser schreibe regelmäßig die Eigentümer*innen von leerstehenden Häusern und Wohnungen an. Die Verwaltung könne diese jedoch nicht zwingen, leerstehendes Eigentum zu vermieten oder zu verkaufen. Das Eigentumsrecht stehe dem gegenüber.

Herr Hagedorn erklärt, dass er die Anregung von Herrn Stiesch, dass sich das Baudezernat verstärkt für den Wechsel von Mieter*innen von ihnen zu groß gewordene Wohnungen in kleinere Wohnungen einsetzen solle, mitnehmen werde. Allerdings gebe die hohe Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt eine Wechselmöglichkeit für Mieter*innen oft nicht her.

-.-.-

Zu Punkt 11 Verwendung der jährlichen Inklusionspauschale zur Förderung kommunaler Aufwendungen für die schulische Inklusion für das Schuljahr 2025/2026

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0697/2025-2030

Vorsitzender Herr Dr. Bruder verweist auf die Beschlussvorlage. Die Inklusionspauschale falle in diesem Jahr weniger hoch aus, was den geringeren Schüler*innenzahlen geschuldet sei. Die Verwaltung setze die Ursprungsbeschlüsse weiterhin um.

Ohne weitere Aussprache ergeht folgender

Beschluss:

Der Beirat für Behindertenfragen empfiehlt dem Schul- und Sportausschuss und dem Finanz- und Personalausschuss dem Rat der Stadt Bielefeld zu empfehlen, zu beschließen:

Die Mittel der Inklusionspauschale für das Schuljahr 2025/26 in Höhe von 1.248.284,10 Euro werden wie folgt verwendet:

- 1. In Höhe des Betrages von 376.998,31 Euro sind die Mittel gebunden für sechs im Stellenplan verankerte Stellen „Schulsozialarbeit Inklusion“.**
- 2. Ein Betrag in Höhe bis zu 484.772,79 Euro wird für weitere Schulsozialarbeit an Schulen in städt. Trägerschaft verwendet.**
- 3. Die vom Schul- und Sportausschuss am 20.06.2017 beschlossene Verwendung eines Betrags in Höhe von 188.918 Euro zur Förderung der schulischen Inklusion in den Offenen Ganztagschulen (OGS) mit dem vorrangigen Schwerpunkt inklusiver Ferienangebote und besonderer Projekte und nachrangig für den laufenden OGS-Betrieb zur Deckung von erhöhtem Personalaufwand wird fortgeführt. Die Mittelweiterleitung an die OGS-Träger erfolgt weiterhin**

auf Basis einer „pro-Kopf“-Pauschale je Integrationskind gem. Stichtag der aktuellen amtlichen Schulstatistik. Die OGS-Trägerbelegen die Mittelverwendung im Verwendungsnachweis.

4. Ein Betrag in Höhe von 197.595 Euro wird bedarfsgerecht in der OGS zur zusätzlichen Begleitung von Kindern, die neben dem sonderpädagogischen Unterstützungsbedarf auch einen Integrationshelfer benötigen, zur Verfügung gestellt. Die Mittelweiterleitung an die OGS-Träger erfolgt auf Antrag und auf Basis des jeweiligen Anteils am bestehenden Gesamtbedarf. Die OGS-Träger belegen die Mittelverwendung im Verwendungsnachweis.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 12 Schulische Assistenzhilfen: Umsetzung eines systemischen Ansatzes an der Teutoburger Wald Schule

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1027/2025-2030

Vorsitzender Herr Dr. Bruder verweist auf die Informationsvorlage.

Frau Stock bittet zur Kenntnis zu nehmen, dass die Verwaltung die Träger sehr wenig an der Konzeptentwicklung und der Weiterentwicklung der gesamten schulischen Begleitung beteiligt habe. Die Träger würden über viel Erfahrung verfügen. Viele Kinder könnten mit dem systemischen Ansatz nicht erreicht werden. Für diese sei weiterhin die eins-zu-eins Betreuung notwendig. Daher werde die Umsetzung des systemischen Ansatzes nicht zu den erwarteten Ersparnissen führen. Zudem sehe sie es als kritisch an, dass FSJler*innen im System eingebunden werden sollen, da diese bestehenden Stellen nur ergänzen und nicht ersetzen können. Hinzu komme, dass es in diesem Jahr weniger FSJler*innen gebe.

Auf Nachfrage von Herrn Stiesch teilt Vorsitzender Herr Dr. Bruder mit, dass es nach der Informationsvorlage in der Teutoburger Wald Schule drei Klassen mit je acht Schüler*innen geben werde.

- Der Beirat für Behindertenfragen nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 13 Spielplatz Lipper Hellweg

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0831/2025-2030/1

Vorsitzender Herr Dr. Bruder erklärt, dass **die Bezirksvertretung Stieghorst** die in der Sitzung des Beirates für Behindertenfragen vom 25.03.2026 beschlossene Vorlage für einen barrierefreien Spielplatz mit inklusiven Spielgeräten abgelehnt habe. Die Nachtragsvorlage mit den Rasenspielfeldern ersetze diese Vorlage.

- Der Beirat für Behindertenfragen nimmt Kenntnis -

Zu Punkt 14 Neubesetzung des Vergabegremiums für die Verteilung von Projektmitteln aus dem „Teilhabefonds“

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1281/2025-2030

Vorsitzender Herr Dr. Bruder erklärt, dass die Verwaltung darum gebeten habe, ein ordentliches Mitglied und eine Stellvertretung aus dem Beirat für Behindertenfragen für das Vergabegremium zu benennen. Als Vorsitzender sei er automatisch gesetzt. In der Vergangenheit habe Herr Winkelmann seine Stellvertretung wahrgenommen und sich auf Nachfrage bereit erklärt, diese Aufgabe auch weiterhin wahrzunehmen.

- Der Beirat für Behindertenfragen nimmt Kenntnis -

Zu Punkt 15 Inklusionsplanung - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Es ist über keinen Sachstand zu berichten.

Zu Punkt 16 Berichte aus Gremien (Ratsausschüsse, sonstige Gremien und Arbeitsgruppen der Teilhilfesysteme)

- Aus der Sitzung des **Kulturausschusses** vom 06.05.2026 berichtet Frau Dörrie-Sell. Relevante Punkte seien die räumliche Weiterentwicklung des Naturkundemuseums und die Geschäftsberichte der Musik- und Kunstschule sowie der Stadtbibliothek gewesen. Bei letzterer freue sie besonders, dass Gebärdensprachdolmetscher*innen zukünftig bei allen Lesungen anwesend sein sollen. Die Musik- und Kunstschule habe ihre externen Angebote um ein inklusives Singangebot in der Ganztags-Förderschule Am Lönkert erweitert. Die zielgleiche Ausbildung von Menschen mit und ohne Behinderung sei aber leider weiterhin nicht angedacht.

- Vorsitzender Herr Dr. Bruder erklärt, dass der **Stadtentwicklungsausschuss** in der Sitzung vom 19.05.2026 u. a. die Kleinkinderspielplatzsatzung beschlossen habe. Demnach seien private Investoren bei Häusern mit mehr als drei Mietwohnungen verpflichtet, den barrierefreien Zugang zum Kleinkinderspielplatz sicherstellen. Bei größeren Wohnanlagen muss dieser Spielplatz zudem über inklusive Spielgeräte verfügen.
- Vorsitzender Herr Dr. Bruder teilt mit, dass der **Arbeitskreis „Bebaute Umwelt und Verkehr“** sich in seiner letzten Sitzung mit verschiedenen Planungen für Spielplätze beschäftigt habe.
- Herr Sondermann informiert die Anwesenden, dass der **Beirat des Verkehrsverbundes Ostwestfalen-Lippe** getagt habe. Kernthema sei der Nahverkehrsplan Westfalen-Lippe gewesen. Kritisiert wurden dabei unter anderem die Umsteigezeiten für Menschen mit Behinderung.

-.-.-

Zu Punkt 17 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Zu Punkt 17.1 Sachstand zur Umsetzung inklusiver und barrierefreier Strukturen im Gesundheitswesen in Bielefeld (Anfrage der Fraktion Die Linke vom 02.04.2026 für die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 14.04.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1039/2025-2030

Herr Schloemann verweist auf die im Ratsinformationssystem zur Verfügung gestellte Antwort auf eine Anfrage der Fraktion Die Linke im **Sozial- und Gesundheitsausschuss**.

Herr Stiesch hebt die Wichtigkeit der gynäkologischen Versorgung von Frauen mit Behinderungen hervor. Es erschrecke ihn, dass dieser Bereich in Bielefeld unterversorgt sei.

Herr Möller bringt ein, dass auf lokaler Ebene an einem Aktionsbündnis gearbeitet werde mit dem Ziel, bestehende Angebote der gynäkologischen Versorgung von Frauen mit Behinderungen auszuweiten. In Anbetracht der angespannten Haushaltslage und der Tatsache, dass die Untersuchung von Frauen mit Behinderungen mehr Zeit in Anspruch nehmen würde als die Untersuchung von Frauen ohne Behinderung gebe es keine andere Lösung.

- Der Beirat für Behindertenfragen nimmt Kenntnis -

:-:-

Zu Punkt 18 Bericht an die Presse

Es gibt nichts zu berichten.

:-:-

Vorsitzender Herr Dr. Bruder stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Dr. Bruder
(Vorsitzender)

Schloemann
(Schriftführung)